

Kern: Unterstützen die Lernbrücken, sehen aber erhebliche Mängel

Schulen mussten mit knappen Vorläufen, Einschränkungen bei der Personalauswahl und mangelnder Verbindlichkeit für die Teilnehmer planen – Für Förderkurse im laufenden Schuljahr brauchen sie mehr Möglichkeiten der eigenständigen Personalrekrutierung.

Zum Start der „Lernbrücken“ sagte der bildungspolitische Sprecher der FDP/DVP Fraktion, **Dr. Timm Kern:**

„Grundsätzlich begrüßen wir es, dass das Kultusministerium ein Angebot zum Nachholen von Versäumtem in den Sommerferien auf den Weg gebracht hat. Dies entspricht auch einer Forderung der FDP/DVP Fraktion.

Allerdings sehen wir bei der Umsetzung der Lernbrücken erhebliche Mängel:

1. Die Lernbrücken werden ganz überwiegend nur in den Fächern Deutsch und Mathematik angeboten. Das ist aus Sicht der FDP eine zu starke Einschränkung, denn bestimmt hätten viele Schüler auch gerne Hilfsangebote beispielsweise in Englisch oder in den Naturwissenschaften bekommen. Die Schulen mussten in einer sehr knappen Frist das Personal für die Lernbrücken zusammenbekommen. Und gleichzeitig hat das Kultusministerium bei der Personalauswahl viel zu enge Grenzen gesetzt: Einige Schulen hatten sich bereits auf den Weg gemacht und mit Lehramtsstudenten gemeinsam Lernbrücken geplant. Doch diese Studenten dürfen laut Kultusministerium nicht eingesetzt werden, auch nicht, wenn sie das Erste Lehramtsstaatsexamen schon absolviert haben, so dass viele Angebote dann letztlich nicht realisiert werden konnten. Dies frustriert die Verantwortlichen vor Ort zurecht.
2. Schließlich hatten die Lehrerinnen und Lehrer offensichtlich keine wirksamen Möglichkeiten, Eltern dazu anzuhalten, dass die Kinder die Lernbrücken auch tatsächlich besuchen. Es wären zumindest deutliche Signale der Kultusministerin notwendig gewesen, dass die Teilnahme an einem Lernbrücken-Besuch erwartet wird, wenn dies empfohlen wurde. Gerade da alle Schülerinnen und Schüler pauschal ins kommende Schuljahr versetzt wurden, wäre dies umso wichtiger gewesen. So besteht nun die Gefahr, dass nun gerade Schülerinnen und Schüler nicht erreicht werden, die



dringend auf eine Lernbrücke angewiesen sind.

3. Kritik erreichte uns schließlich auch von Schulträgerseite. Beispielsweise beim Thema ÖPNV fühlten sich Kommunen nicht ausreichend unterstützt vom Kultusministerium. Die Kommunen gerade im ländlichen Raum mussten den traditionell während der Sommerferien ausgedünnte Busfahrplan auf die Bedarfe anpassen, was angesichts der kurzen Frist nicht überall gelang.“

Kern resümierte: „Die Lernbrücken in den Sommerferien ersetzen nicht die Förderangebote im laufenden Schuljahr. Diese dürfen nicht an Mittel- oder Personalknappheit scheitern. Die Schulen sollten hierbei mehr Möglichkeiten der eigenständigen Personalrekrutierung erhalten und beispielsweise Absolventinnen und Absolventen des Ersten Lehramts-Staatsexamens einsetzen dürfen.“